

Brüssel, den 4. November 2025
(OR. en)

14311/25
PV CONS 54
ENV 1069
CLIMA 456
PARLNAT

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Umwelt)


21. Oktober 2025

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 13947/25 enthaltene Tagesordnung an.

Auf Antrag der Kommission kam der Rat überein, zwei Punkte unter „Sonstiges“ hinzuzufügen: „Vorgezogene Bereitstellung von EHS2-Einnahmen und Erhöhung der Vorhersehbarkeit der Preise“ und „Änderung der EU-Entwaldungsverordnung“, davon den ersten in nicht öffentlicher und den zweiten in öffentlicher Sitzung. Auf Antrag Frankreichs und Spaniens kam der Rat überein, einen weiteren Punkt unter „Sonstiges“ mit dem Titel „Den Kurs für emissionsfreie Fahrzeuge bis 2035 einzuhalten, ist unerlässlich“ in nicht öffentlicher Sitzung hinzuzufügen.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- | | | |
|----|---|---|
| 2. | Schlussfolgerungen zur Vorbereitung der 30. Konferenz der Vertragsparteien (COP 30) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) (Belém, Brasilien, 10.-21. November 2025) <i>Billigung</i> | 14086/25 + ADD 1 + ADD 2 13882/25 |
| 3. | Umweltaspekte des Europäischen Pakts für die Meere: Erhaltung der marinen Biodiversität <i>Gedankenaustausch</i> |  13391/25 + COR 1 + COR 2 (sk) |

Der Rat führte einen Gedankenaustausch anhand des vom Vorsitz ausgearbeiteten Vermerks (siehe oben genanntes Dokument).

- | | | |
|----|--|--|
| 4. | Schlussfolgerungen zu einer Europäischen Wasserresilienzstrategie <i>Billigung</i> |  13877/25 + ADD 1 |
|----|--|--|

Der Rat billigte die Schlussfolgerungen; siehe Beratungsergebnisse in Dokument 14303/25.

Ungarn gab die im Anhang enthaltene Erklärung ab.

Sonstiges

5. a) Vorgezogene Bereitstellung von EHS2-Einnahmen und Erhöhung der Vorhersehbarkeit der Preise
Informationen der Kommission 14166/25
- b) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Änderung der EU-Entwaldungsverordnung
Informationen der Kommission



14329/25 + ADD 1

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

- c) **Jahresfortschrittsbericht 2025 über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung (Klima)**
Informationen der Kommission 13574/25 + COR 1

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

- d) Den Kurs für emissionsfreie Fahrzeuge bis 2035 einzuhalten, ist unerlässlich
Informationen Frankreichs und Spaniens 14292/25
- e) Die Schattenflotte und die von ihr ausgehenden akuten Bedrohungen für die Meeresumwelt
Informationen Estlands, Finnlands, Lettlands, Litauens, Polens, Schwedens und Tschechiens 13932/1/25 REV 1
- f) **Initiativen und Instrumente der Kreislaufwirtschaft in Zypern**
Informationen Zyperns 13739/25

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen Zyperns.

- g) **Die Notwendigkeit einer Modernisierung von REACH**
Informationen Schwedens 14077/25

Der Rat nahm die Informationen Schwedens und die Ausführungen anderer Delegationen und der Kommission zur Kenntnis.

- h) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Berücksichtigung der Umweltagenda im mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034



13842/1/25 REV 1

Informationen Bulgariens, Italiens, Litauens, Luxemburgs, Spaniens, Tschechiens und Ungarns

Der Rat nahm die Informationen Tschechiens, Bulgariens, Ungarns, Italiens, Litauens, Luxemburgs und Spaniens sowie die Ausführungen anderer Delegationen und der Kommission zur Kenntnis.

- f) **Berichte über die wichtigsten jüngsten internationalen Tagungen:**



- i) **Wiederaufgenommene dritte Tagung der Offenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe (SPP OEWG 3.2) und anschließende zwischenstaatliche Konferenz (SPP IM) im Hinblick auf die Prüfung der Einrichtung eines wissenschaftlich-politischen Gremiums für Chemikalien und Abfälle und zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung. (Punta del Este, Uruguay, 14.-20. Juni 2025)**
Informationen des Vorsitzes und der Kommission

13884/25

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes und der Kommission zur Kenntnis.

- ii) **15. Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Ramsar (Victoria Falls, Simbabwe, 23.-31. Juli 2025)**
Informationen des Vorsitzes

13573/25

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

iii) **Wiederaufgenommene fünfte Tagung des
zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses
(INC-5) zur Entwicklung eines internationalen
rechtsverbindlichen Instruments zur
Bekämpfung der Verschmutzung durch
Kunststoffe (INC- 5.2)**
(Genf, Schweiz, 5.-14. August 2025)
Informationen des Vorsitzes und der Kommission

13846/25

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes und der Kommission zur Kenntnis.

-
- 1** erste Lesung
 - 2** Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)
 - S** Besonderes Gesetzgebungsverfahren
 - C** Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags
-

Erklärungen zu den nicht die Gesetzgebung betreffenden B- Punkten in Dokument 13947/25

Zu B- Punkt 4: **Schlussfolgerungen zu einer Europäischen Wasserresilienzstrategie**
Billigung

ERKLÄRUNG UNGARNS

„Ungarn lehnt die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zur Europäischen Wasserresilienzstrategie im Geiste des Kompromisses und der Solidarität und im Hinblick auf die Erzielung eines Konsens auf der Tagung des Rates (Umwelt) am 21. Oktober nicht ab.

Ungarn erachtet jedoch den Wortlaut der Schlussfolgerungen zum Krieg in der Ukraine unter Nummer 53 als eine in einem früheren Kontext vereinbarte Formulierung und ist der Auffassung, dass sie die neuen geopolitischen Umstände nicht vollständig widerspiegelt. Ungarn ist der Ansicht, dass der Konflikt mit dem Beginn der von den Vereinigten Staaten geführten Friedensverhandlungen in eine neue Phase eingetreten ist, an die die EU ihre Politikgestaltung anpassen muss. Darüber hinaus spricht sich Ungarn entschieden gegen den politisierten Wortlaut der genannten Nummer aus.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der neuen geopolitischen Gegebenheiten wird Ungarn die auf die Ukraine bezogene Nummer nicht als eine vereinbarte Politik der Union auffassen, also sollte der Wortlaut nicht als vereinbarte Formulierung in künftigen EU-Dokumenten wiedergegeben werden.“